

Die sozial-räumliche Polarisierung in Köln bekämpfen!

5 Antragsteller*innen: Hans Günter Bell, Denis Badorf, Heinz-Peter Fischer, Markus Frank, Beate Hane-Knoll, Bernd Liesenfeld, Eva-Maria Zimmermann

10 *„Jede große Stadt hat ein oder mehrere ‚schlechte Viertel‘, in denen sich die arbeitende Klasse sammelt. Oft freilich wohnt die Armut in versteckten Gäßchen dicht neben den Palästen der Reichen; aber im allgemeinen hat man ihr ein apartes Gebiet angewiesen, wo sie, aus den Augen der glücklicheren Klassen verbannt, sich mit sich selbst durchschlägt, so gut es geht. Diese schlechten Viertel sind in England in allen Städten ziemlich egal eingerichtet - die schlechtesten Häuser in der schlechtesten Gegend der Stadt ...“*

Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, 1845

15

Die **zunehmende Polarisierung der Stadtgesellschaft** ist nicht zu übersehen. Eine wachsende Zahl von Menschen wird an den Rand gedrängt und von der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt. Die ärmeren und benachteiligten Haushalte, Deutsche mit unterdurchschnittlichen Einkommen ebenso wie
20 Migrant*innen, konzentrieren sich in einigen Stadtteilen. Die Zahl dieser Armutsgebiete nimmt zu. Die Armut der Menschen, die in diesen Gebieten wohnen, steigt und verfestigt sich.

Die Stadtsoziologin Monika Alisch und der Stadtsoziologe Jens S. Dangschat analysieren diese Armut als „Ergebnis einer mehrfachen, sich überlagernden und räumlich
25 festgeschriebenen strukturellen Benachteiligung“ und charakterisieren sie als „**Armut durch Wohlstand**“.

Während den armen Haushalten ihr Wohnort aufgezwungen wird, haben reiche Haushalte die Wahlfreiheit, und entscheiden sich häufig freiwillig, sich zu separieren. Das Ergebnis dieser aufgezwungenen oder freiwilligen Wahl der Wohnstandorte wird als „Segregation“
30 bezeichnet.

Vielfache Benachteiligungen

Arme Wohnquartiere machen ihre Bewohner durch die Häufung von Problemlagen ärmer. Sie benachteiligen ihre Bewohner*innen und schränken die Handlungsmöglichkeiten,
35 zumindest eines Teils der Bewohner*innen, ein. Wer dort wohnt, wird stigmatisiert und diskriminiert.

Zu den vielfältigen Benachteiligungen gehören:

- Eine wirtschaftliche Benachteiligung, die am hohen Anteil von SGB II-Empfänger*innen und an den überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten abzulesen ist.
- 40 • Eine schlechte Wohnsituation, und dennoch müssen mitunter relativ hohe Mieten gezahlt werden.
- Belastungen durch Lärm, Abgase und Auswirkungen des Klimawandels (Überhitzung).
- Eine gesundheitliche Benachteiligung.

Beispielsweise stellt das Gesundheitsamt der Stadt Köln im aktuellen Kinder- und Jugendgesundheitsbericht vielfache **gesundheitliche Beeinträchtigungen und Gesundheitsgefährdungen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien** fest:
45

- Während sich die Zahngesundheit im letzten Jahrzehnt bei den Kindern in Kindertageseinrichtungen sowie bei den Schulkindern deutlich und nachhaltig verbessert hat, gehören Kinder aus sozial benachteiligten Familien überproportional häufig zur Risikogruppe mit erhöhtem Kariesaufkommen.
- Übergewicht und Adipositas tritt bei Kindern mit Migrationshintergrund überproportional häufig auf, ebenso sind Kinder aus sozial benachteiligten Familien überproportional häufig von erheblichem Übergewicht betroffen.
- Kinder aus sozial benachteiligten Familien weisen einen überproportionalen Anteil an auffälligen Befunden zum Entwicklungsstand¹ auf.

Der Zusammenhang sozialer und gesundheitlicher Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen bildet sich kleinräumlich auf Stadtteilebene ab. Eine stadtteilbezogene Auswertung zur Kindergesundheit ergibt, dass Maßnahmen der Gesundheitsförderung insbesondere in diesen Stadtteilen hohe Priorität haben: Meschenich, Bickendorf, Bocklemünd/Mengenich, Ossendorf, Niehl, Weidenpesch, Bilderstöckchen, Lindweiler, Chorweiler, Roggendorf/Thenhoven, Gremberghoven, Eil, Porz, Wahnheide, Lind, Finkenbergl, Humboldt/ Gremberg, Kalk, Höhenberg, Ostheim, Mülheim, Buchheim, Buchforst und Dönnwald.

- Eine politisch-kulturelle Benachteiligung.
- Beispielsweise lag bei den Kommunalwahlen 2014 die Wahlbeteiligung in Köln bei nur 49,7%, Es beteiligte sich also nicht einmal jeder zweite Wahlberechtigte an der Wahl. Auffallend sind aber auch die räumlichen Muster der Nichtwahl: Je ärmer ein Stadtteil ist, desto mehr Menschen verzichten auf die Stimmabgabe. Differenziert man die Wahlbeteiligung nach Stadtteilen, reicht sie Spannweite von 66,6% im bürgerlichen Klettenberg bis zum „sozialen Brennpunkt“ Chorweiler, wo nur 23,8% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben haben.

Die sinkende Wahlbeteiligung und das „Klassenwahlverhalten“ (Horst Kahrs) sind für die Demokratie zentrale Probleme. Während Bürger/-innen mit hohem Einkommen und hoher formaler Bildung weiterhin in großer Zahl wählen, gilt dies für diejenigen mit geringem Einkommen und einem niedrigen Bildungsgrad nicht mehr. Da sich Politik häufig an den Aktiven und Vernehmbaren orientiert, während sie die Passiven und Stillen übergeht, hat Armut „keine (ausreichend starke) Lobby“ (Alisch / Dangschat).

80 **Verdrängung ärmerer Bevölkerungsgruppen**

Die sich verschärfende Situation wird durch ein ganzes Bündel von Prozessen verursacht. Hierzu zählen die Verdrängung ärmerer Bevölkerungsgruppen aus bestimmten innerstädtischen oder innenstadtnahen Wohngebieten. Diese Verdrängung (Gentrifizierung) wird durch die Umgestaltung des Wohnungsbestandes durch Modernisierung, Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und Neubau von Eigentumswohnungen verursacht bzw. begleitet.

In dieser Entwicklung schlägt sich – vermittelt durch die Mechanismen des Wohnungsmarktes – die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen räumlich nieder.

90

Reiche Stadtteile verstärken die Privilegien ihrer Bewohner/-innen

Die Reichen ziehen sich in abgeschlossene Wohngebiete zurück, bleiben dort weitgehend unter sich und verschaffen sich dadurch zusätzliche Vorteile. Die Bewohner/-innen dieser Stadtteile entziehen sich der Verantwortung für das Gemeinwesen, verschanzen sich

¹ In den Schuleingangsuntersuchungen werden getestet: Sprache/Sprechen, schulrelevante Fähigkeiten (selektive Aufmerksamkeit etc.), Motorik.

- 95 hinter ihren hohen Grundstückmauern und Hecken. Sie kapseln sich von den alltäglichen Problemen und Belastungen einer Großstadt ab.

Die JHV möge beschließen:

100 **Gleichwertige Lebensbedingungen in allen Stadtteilen!**

Schon in der Vergangenheit hat DIE LINKE. Köln Forderungen aufgestellt, um die Situation in den Armutsquartieren zu verbessern. Sie bleiben aktuell.

Herausragendes Ziel linker Stadtentwicklungspolitik ist Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Stadtteilen.

- 105 Es ist jedoch unrealistisch, mit stadtteilbezogenen Programmen die Erwartung zu verbinden, die wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligungen beseitigen zu können. Die sozialen Problemlagen vor Ort sind, von lokalen Besonderheiten abgesehen, durch die sozioökonomischen Rahmenbedingungen verursacht, und diese sind mit lokal begrenzten Programmen nicht grundlegend zu ändern.

- 110 So blicken manche Stadtteile bereits auf eine jahrzehntelange Geschichte kommunaler Stadterneuerungs- und Sanierungspolitik zurück. Aktuell werden in elf besondere benachteiligte Sozialräume Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ durchgeführt.

- 115 Unbestreitbar sind durch diese sozialraumorientierten Programme Erfolge erzielt worden. So ist durch die umfangreichen Maßnahmenprogramme der vergangenen Jahre gelungen, eine deutliche Verbesserung der sozialen Infrastruktur zu erreichen. Damit wurden den benachteiligten Bewohnern wichtige Hilfestellungen bei der Bewältigung des Lebensalltags gegeben. Doch auch diese millionenschweren Programme haben Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung wie auch die inter-ethnischen Konflikte nicht beseitigen können. Der Handlungsbedarf besteht daher fort.

- 120 Problematisch ist, wenn die Umsetzung der gebietsbezogenen Programme nicht durch gesamtstaatliche Reformen vor allem in der Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Migrations- und Gesundheitspolitik begleitet und gestützt wird. Erfolgreich können diese Programme für die benachteiligten Stadtteile nur sein, wenn sie Bestandteil einer solidarischen Politik auf
125 gesamtstädtischer und überörtlicher Ebene sind.

Wir streben eine „Stadt des sozialen Ausgleichs“ (Alisch / Dangschat) an. Unser Ziel ist eine kommunale Politik, die auf die Entkopplung von sozialer Benachteiligung und benachteiligenden Wohnbedingungen hinwirkt.

- 130 Wichtige Bedingung einer solchen Politik ist die **Durchsetzung eines „Rechts auf Immobilität“** (Alisch / Dangschat), also der Schutz vor Verdrängung und Vertreibung aus den angestammten Wohnungen und vertrauten Quartieren, und damit aus den sozialen Netzwerken, die eine wichtige Ressource darstellen.

135 **Empowerment und Unterstützung der Selbstorganisation der Bewohner/-innen der benachteiligten Stadtteile**

Es kommt aber nicht nur darauf an, die richtigen Forderungen zu erheben. Es kommt auch darauf an, die Menschen zu ermutigen und dabei zu unterstützen, selbst für ihre Interessen aktiv zu werden.

Die zentrale Klassenerfahrung der letzten Jahrzehnte lautet:

- 140 „Die demokratischen und sozialstaatlichen Institutionen [können] die Entwertung von Qualifikation, sozialer Stellung und Einkommen nicht aufhalten ... und [sind] für existentielle Fragen der eigenen sozialen Nahwelt nicht (mehr) zuständig.“ (Horst Kahrs)

145 Soweit die zurückgehende Wahlbeteiligung auf dieser Erfahrung fußt, hat sie einen rationalen Kern. Die zunehmende Wahlenthaltung reagiert auf die abnehmende Rolle von Politik und demokratischer Entscheidungen für das eigene Wohlergehen.

Es kommt also darauf an, politische Gestaltungsmacht zurückzugewinnen. Einfache Lösungen, mit denen die Beteiligungskrise der Demokratie gelöst werden kann, stehen jedoch nicht zur Verfügung.

150 Vielen Bewohner/-innen der Armutsstadtteile fällt es schwer, sich für ihre ureigensten Interessen zu engagieren. Die materielle Benachteiligung verknüpft sich mit geringer Bildung, Ausgrenzungserfahrungen und – bei den Migranten/-innen – mitunter schlechten Kenntnissen der deutschen Sprache. Dies trägt dazu bei, dass Viele mit der Bewältigung des Alltags bereits so stark gefordert sind, dass kaum noch Kraft bleibt, sich organisiert zu wehren.

155 Es bedarf also besonderer Anstrengungen, auch in diesen Stadtteilen die Menschen dazu in die Lage zu versetzen und sie dabei zu unterstützen, sich erfolgreich für die Verbesserung ihrer Lebenslage zu engagieren.

160 **Dieser Aufgabe wird sich DIE LINKE. in den nächsten Jahren stellen. Hierzu werden wir die Erfahrungen des Projektes „DIE LINKE. hautnah“ auswerten und den politischen Ansatz des transformativen Organizing fortführen und ausweiten.**

165 Ziel des Ansatzes organisierender Arbeit ist es, in einem ersten Schritt, das politische Selbstbewusstsein und die Selbstorganisation der Bürger*innen zu stärken und durch schrittweise kleine Erfolge der diffusen Unzufriedenheit, dem Gefühl der Machtlosigkeit und der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Als zweiten Schritt wollen wir damit langfristig erreichen, den Blick der Bürger/-innen auf den größeren gesellschaftspolitischen Zusammenhang zu erweitern und mehr Menschen für linke Politik zu begeistern, neue Mitglieder zu gewinnen sowie die Kampagnenfähigkeit der LINKEN Köln zu stärken. Genoss/-innen, die auf diesem Gebiet Fachwissen erworben haben, stehen als Multiplikator/-innen zur Verfügung, um diesen Ansatz in die einzelnen
170 Ortsverbände und den Kreisverband hinein zu tragen. Gemeinsam wird ein Werkzeugkoffer erstellt, der die verschiedenen Werkzeuge der organisierenden Arbeit enthält und auf den alle Mitglieder Zugriff erhalten.

175 **Literatur:**

- Alisch, Monika / Dangschat, Jens S.: Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit, Opladen, 1998
- Engels, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen; in: Marx, Karl / Engels, Friedrich, Werke, 180 Band 2, S. 225 – 506, Berlin/DDR, 1972 (1845)
- Kahrs, Horst: Wahlenthaltung als Klassenwahlverhalten, working paper 2/2015
- Schäfer, Armin: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet; Frankfurt a.M., 2015
- Stadt Köln. Der Oberbürgermeister: Kölner Statistische Nachrichten – 2/2014. Analyse
185 der Kommunalwahl am 25. Mai 2014, Köln, 2014
- Stadt Köln. Gesundheitsamt: Kinder- und Jugendgesundheit in Köln, Köln, 2018

Schwerpunktgebiete der Nichtwählerinnen und Nichtwähler

